

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Drebbnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiker.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Ebr. (fl. 1. 45. Sdd., fl. 1. 50. Ssterr. Währ.) pro Quartal.

Vestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Schorrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inzerate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulé; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen auf das 3. Quartal werden bei allen Postämtern noch fortwährend angenommen.

Politischer Theil.

Berlin, 8. Juli.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiter beunruhigend, gelangen wir, nunmehr auf festerer Grundlage stehend, heute zum eigentlichen Streitpunkt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat behauptet, die Socialdemokratie habe seit 1792 bekämpft und müsse stetig bekämpfen die Principien von 1789.

Dem ist nicht so:

Die Principien von 1789 können überhaupt nicht überholt werden; Alles, was eine Partei, die vorwärts will, thun kann, besteht darin, daß sie jene Principien zu Ende denkt, sie ernstlich und auf allen Gebieten zu verwirklichen strebt. Ebenso kann auf dem materiellen Gebiete nicht die Rede sein von einem Bekämpfen der ökonomischen Entwicklung der jetzigen Epoche, in dem Sinne, dieselbe ganz oder theilweise rückgängig machen zu wollen; sondern vielmehr nur davon, die durch diese Entwicklung selbst hergestellten Grundlagen einer neuen ökonomischen Epoche in entsprechende Wirksamkeit zu setzen. Mit andern Worten: die ganze Zukunft, wie wir sie erblicken und erstreben, hat zu ihrer historischen Grundlage und Voraussetzung die Bewegung von 1789 — und nur in dem, was sie geschaffen oder entsaltet, liegen die Ausgangspunkte für das Neue. Ja, aus der jetzigen Epoche wird in den social-demokratischen Staat Vieles mit hinübergenommen werden, während von den Ueberbleibseln des Mittelalters sich ein Gleiches nicht sagen läßt.*)

Wenn die Social-Demokratie das liberale Bürgerthum bekämpft hat, noch fortwährend bekämpft und auch — bis zu Anstrag der Sache — in Zukunft bekämpfen wird, so liegt dies daran, daß sie, von demselben Ausgangspunkt ausgehend, weiter vorrücken will, während jenes innerhalb einer gewissen Grenze festgebannt ist, zudem seine Unfähigkeit, auch nur die eigene Sache durchzusetzen, unzweideutig an den Tag gelegt hat.

Wenn wir trotz der weltgeschichtlichen Verdienste des liberalen Bürgerthums genöthigt sind, einen so entschiedenen Kampf gegen dasselbe zu führen, so liegt der Grund hiervon ferner darin, daß die materiellen Vorbedingungen für die neue Epoche bereits vorhanden sind, und trotzdem, in Folge bisheriger

revolutionärer Tradition, diejenige Klasse, die berufen ist, dem Neuen zum Siege zu verhelfen, noch vielfach in dem Wahne befangen ist, der weltgeschichtliche Fortschritt (dies mißbrauchte Wort in seinem ächten Sinne genommen) wurzle fortwährend in der Bourgeoisie, während doch gerade diese, in dem sonderbaren Wahne sich wiegend, die Weltgeschichte werde zu ihren Gunsten stille stehen, ihre Allmacht nahe und für alle Zukunft gesichert geglaubt hatte und jetzt, wo sie aus solchem Wahne unsanft aufgerüttelt worden, vom erbittertesten Haß gegen das Neue erfüllt ist.

Aus den oben auseinandergesetzten Gesichtspunkten ergiebt sich auch, beiläufig gesagt, daß und warum sowohl die aus dem Mittelalter herübergekommenen, wie auch die aus dem ökonomischen Boden von 1789 festgebannten Elemente zur Lösung der Arbeiterfrage schlechterdings unfähig sind.

Wahr ist, daß unter der Herrschaft der Geldmacht eine schmachvolle systematische Ausbeutung der Arbeit stattfindet; allein diese Ausbeutung war — nur in anderer Weise und durch andere Elemente — auch im Mittelalter vorhanden.

Dahingegen hat uns die Bewegung von 1789 eine ganze Reihe von Gütern gebracht, die dem Mittelalter fehlten, ja deren Gegentheile damals als Uebel vorhanden waren. Nicht also eine Auflösung der Gesellschaft, sondern eine Umwandlung der selben zum Besseren hat uns 1789 gebracht:

Der Fanatismus der Priester, der Despotismus der Fürsten, die Anmaßung des Adels und aller bevorrechteten Elemente sind 1789 gebrochen worden — Duldung, vergleichungsweise Freiheit, größere Gleichheit in Staat und Gesellschaft sind an deren Stelle getreten.

Alle die vielgestaltigen Verbesserungen in der Regierung, der Rechtspflege, der Verwaltung der Staaten, die größere Humanität in Behandlung aller Angelegenheiten sind eine direkte oder indirekte Folge der Bewegung von 1789.

Und nicht leicht sämwar ist solches errungen worden — in Strömen mußte das Blut in den europäischen Hauptstädten fließen, bevor die Mächthaber sich dem Zeitgeiste beugten.

Wir fassen nunmehr, nachdem wir mit der der Sache angemessenen Gründlichkeit und Ruhe unsere Gedanken entwickelt haben, die Antwort an die „Nordd. Allg. Ztg.“ in die Worte zusammen:

Die volle Anerkennung der Principien von 1789 ist die Voraussetzung für Weiteres; eine Verkleinerung dieser Principien kann von der Volkspartei nicht gebuldet werden.

Und nun zum Schluß noch eine kurze Bemerkung:

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich beifallen lassen, zu behaupten, dies Blatt würde „eine Unmöglichkeit in der Monarchie sein, wenn sein Inhalt seinem Titel entspräche.“

Wir sind der Ansicht, daß Inhalt und Titel unseres Blattes sich jederzeit entsprechen haben.

Wollte aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagen: Dieses Blatt würde eine Unmöglichkeit sein, wenn der Inhalt seinem Titel vollständig entspräche, so mag sie Recht haben.

Sonderbar aber bleibt es, daß eine Zeitung, welche die preussische Regierung in der Presse zu vertreten berufen ist, mit Wohlbehagen in die Welt hinaus posaunt: In Preußen ist die verfassungsmäßige Pressefreiheit aufgehoben.

Berlin, 8. Juli.

Ueber den Augustenburger bringt die heutige „Volk-Ztg.“ einen Leitartikel, der uns in einiges Staunen versetzt haben würde, wenn wir über etwas, was von dieser Seite kommt, noch staunen könnten.

Bei denjenigen, welche von volksthümlicher Seite aus die Einsetzung des Augustenburger in den Herzogthümern wünschen, ist doch nur ein Motiv möglich; dasjenige nemlich, welches sich in die Worte fassen läßt:

„Der Augustenburger ist zwar ein großes Uebel; allein die andere Lösung der Frage erscheint uns als ein noch größeres Uebel.“

Dies ist aber nicht der Standpunkt der „Volk-Ztg.“, welche doch — freilich komischer Weise — ein volksthümliches Blatt, ein „Organ für Jedermann aus dem Volke“ sein will.

Die „Volk-Ztg.“ will nemlich den Augustenburger nicht obsonen er ein Fürst, sondern weil er ein Fürst ist — ein edler, ein Muster-Fürst nemlich!!

Die „Volk-Ztg.“ findet, daß der Eindruck, den der Augustenburger durch seine Haltung in der bekannten Unterredung mit Herrn v. Bismarck hervorbringt, ein „ganz außerordentlich günstiger“ ist, und zwar darum, weil derselbe wiederholt von dem Landtag der Herzogthümer gesprochen hat und demnach (höflicher Schluß!) „ein Fürst ist, der ernstlich sein Land und dessen Landtag vertritt.“

Das also ist die politische, auf tiefer Geschichtskennntniß beruhende Weisheit der „Volk-Ztg.“!

Bergessen also ist jener uralte Satz: daß Fürsten, deren Sache schlecht steht, von volksthümlichen Phrasen überschießen, ja Bethenerungen und Schwüre nicht scheuen, um zuletzt, wenn sie die Gewalt gesichert in ihren Händen fühlen, zu vergessen, was sie gesagt und geschworen haben.

Und auf die hingeworfenen Aeußerungen eines fürstlichen Präzidenten soll jetzt solches Gewicht gelegt werden?

Weiße die „Volk-Ztg.“ nicht, daß es vom demokratischen Standpunkte — aber freilich, die „Volk-Ztg.“ ist ja ein fortschrittliches, kein demokratisches Organ! — nichts einfältigeres geben kann, als solches Hereden?

Wir haben nichts dagegen, wenn man von dem Gesichtspunkte aus, den wir oben bezeichneten, für den Augustenburger agitiren will; man sage also dann offen, daß man ihn nur als nothwendiges Uebel

*) Wir denken gelegentlich unsern Lesern an concreten Thatsachen aus der Revolutionszeit zu zeigen, wie die Wurzeln der social-demokratischen Zukunft schon vor 1789 anzusehen. Für dies Mal aber möge das bisher festgestellte genügen.

betrachtet, nicht aber mache man den lächerlich-widrigen Versuch, ein so namenlos unbedeutendes Subjekt, wie dieser Präident ist, zu einem Münsterfürsten hinauf zu schrauben!

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. [Zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit] sind der Correspondenz Havas zufolge die Kron-Syndici zu nachstehenden Ergebnissen in den vier Hauptpunkten gelangt: 1) Das Besitz- und das Souveränitätsrecht über die Gesamtheit der Elb-Herzogthümer gehört Preußen und Oesterreich kraft des Wiener Friedensvertrages (dieser Beschluß ist mit 11 gegen 7 Stimmen gefaßt worden); 2) die Rechte des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg erstrecken sich nur auf einzelne Theile, und sie sind hinsichtlich in Anbetracht, daß der Herzog Christian, sein Vater, auf die Erbfolgerechte seiner Familie verzichtet hat; 3) auch die Rechte des Großherzogs von Oldenburg könnten sich nur auf einzelne Theile der Herzogthümer beziehen, selbst wenn es möglich wäre, dieselben juristisch zu begründen; 4) die Rechte des Hauses Brandenburg betreffen das Herzogthum Schleswig und einen Theil des Herzogthums Holstein, aber sie können nicht hinreichend begründet werden, um eine juristische Revindication zu gestatten. (Dieser Beschluß ist mit 17 gegen 1 Stimme gefaßt worden.) Diese Angaben stimmen mit dem, was bisher mehr zerstreut und aus verschiedenen Quellen über das Unthatsachen verlautet hat.

Nach den Versicherungen eines Correspondenten der „Allg. Allg. Btg.“ spräche man in den maßgebenden Kreisen dahier mit größerer Zuversicht denn je von der Annexion.

Wien, 7. Juli. [Finanzielles. Zur Page.] In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde bei der Berathung über das Finanzgesetz die allgemeine Finanzlage des Landes in die Debatte gezogen. Graf Leo Thun beantragte folgende Erklärung: „Das Herrenhaus erkennt an, es sei zwar unvermeidlich, im Staatsvoranschlage die Ausgaben des Staates abermals zu einem Betrage festzustellen, welcher in den Einnahmen seine Deckung nicht findet; über die Finanzlage spricht er jedoch seine Ueberzeugung, wie nachstehend, dahin aus, daß eine Steigerung der Einnahmen im Wege der Steuererhebung nicht mehr zu erreichen und daß die Herstellung des Gleichgewichts daher vor Allem dadurch bedingt ist, daß die Jahresausgaben bis auf den Betrag der Einnahmen reducirt werden. Dies ist jedoch nur durch eine wesentliche Aenderung der bestehenden Einrichtungen zu erzielen; eine fernere Verengung des Credits wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn sich dieselbe als Mittel darstellt, auf diesem Wege das Gleichgewicht in einer nahen Zukunft herzustellen. Das Herrenhaus erwartet daher, die Regierung werde eine Kreditvorlage nicht mehr machen, ohne nachzuweisen, ob und wie der erwähnten Anforderung entsprochen werden könne.“ Der Antrag des Grafen Leo Thun wurde einer besonderen Commission von 7 Mitgliedern überwiesen. Am Montag findet die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses statt.

Die „Presse“ behauptet, „das langsame, beinahe zu langsame Vorwärtsschreiten in der Bildung des neuen Cabinets finde seine vorzüglichste Ursache nicht so sehr in der Feststellung der leitenden Grundsätze — denn man versichere, es herrsche zwischen den deutschen und ungarischen Staatsmännern über das Ministerprogramm im Wesentlichen Einklang — sondern vielmehr in der Schwierigkeit, für das neue, in Oesterreich noch ungewohnte System (!) geeignete, wahrhaft politische Kräfte zu finden. Die Schule der Bureaucratie reise allerdings gewandte Fachmänner, aber nur selten Organisatoren.“ Wir wären wirklich begierig zu erfahren, worüber eigentlich „Einklang herrscht“ und welches die „Organisation“ ist, die innerhalb des Durcheinanders in Oesterreich hergestellt werden soll. Wir vermuthen stark, daß Niemand nach festen leitenden Gedanken verfährt, sondern daß man zu tasten und zu experimentiren gedenkt.

Kassel, 2. Juli. [Despotismus.] Als in der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung der Landtagscommissar sich wiederum außer Stande er-

klärte, die Anfrage über die Gründe der Verzögerung einer Genehmigung der Baupläne für die abgebrannte Stadt Frankenan zu beantworten, äußerte der Abgeordnete Bromm:

Die Erklärung des Herrn Landtagscommissars wird mit Staunen vernommen worden sein. Vielfach und weitbekannt sind die Klagen, welche man über das bei uns herrschende Regierungssystem geführt hat. Herr Jungermann hat der Welt zu beweisen gesucht, wie gefährlich diese Klagen bei uns sind, aber das ganze Jungemann'sche Sündenregister beweist nicht so viel, als die Lebensgeschichte der verunglückten Stadt Frankenan. Immerhin hat es Leute gegeben, welche unsere Regierung verteidigt haben, in dieser Sache wird aber Niemand es wagen, das Verfahren der Staatsregierung in Schanz zu nehmen. Unsere Staatsregierung handelt hier so, daß die Thrauen und der Jammer dieser Unglücklichen gegen sie zum Himmel schreien. Der Gedanke ist mir zu fürchtbar, um annehmen zu können, es sei Absicht, die Leute noch tiefer in's Unglück bringen zu wollen, als sie bereits sind. Unsere Macht reicht nicht aus, um mit Gewalt den Frankenanern helfen zu können, aber wir müssen vor der ganzen civilisirten Welt constatiren, wie hier verfahren wird. Alles Drängen der Ständeversammlung in dieser Sache hat bis jetzt nichts gebohren, Sie wissen, daß wir erst in der vorvorigen Sitzung auf Antrag des Herrn Traber beschlossen, an die Staatsregierung das Ersuchen um baldige Abhülfe für Frankenan zu richten. Dem Bernehmen nach hat auch eine Abordnung von Frankenan gestern scheinlich um Zutritt beim höchsten Landesherren gebeten: ihrem Wunsch soll nicht entsprochen worden sein. Wir sind an einer Grenze angekommen, von der man zu sagen versucht ist, „hier hört die Menschlichkeit auf.“ Wie es ein Ministerium geben kann, das ein solches Verfahren zu verantworten gedenkt, begreife ich nicht.

Ausland.

Paris, 6. Juli. [Tagesbericht.] Wie man bisher mit den Arabern umging, lehrt die Schrift Napoleon's III.; aber freilich, die Regierung hat nachträglich nicht den Muth, sich zu der Ansicht des Kaisers zu bekennen. Die „Presse“, die aus der Schrift des Kaisers Auszüge gebracht, erhielt vom Minister des Innern folgende Rase: Das Journal „La Presse“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 5. Juli einen Auszug aus einer vertraulichen Denkschrift: „Frankreichs Politik in Algerien.“ Dieses Actenstück ward der Öffentlichkeit nicht übergeben, „La Presse“ konnte daher nur irrtümlich daraus einige Stellen ihren Spalten einreichen. Es genügt, diese Thatsache zu bezeichnen, um zu verhindern, daß eine ähnliche Veröffentlichung fortgesetzt wird.

Trotdem hört man, daß die Brochüre demnächst veröffentlicht werden soll. — Der „Constitutionnel“ widmet heute den italienischen Zuständen einen Leitartikel, in welchem Hr. Paulin Pimayrac nachzuweisen sucht, daß die Annäherung Italiens und Roms durch die Mission Begezzi's, ungeachtet des augenblicklichen Stadiums der Angelegenheit, ein großer Schritt zur Ausöhnung sei. Es ist, ihm zufolge, dadurch erwiesen, daß die päpstliche Regierung auf die Länge über die Haltung Italiens, durch die redliche Ausführung des Vertrages vom 15. Sept., aufgeklärt und beruhigt worden ist, und daß die italienische Regierung, als Ausdruck der wirklichen Meinung der Bevölkerung, die sich nach Ruhe, nach Sicherheit, nach Ordnung seht, wie Frankreich, wie die Christenheit, wie ihre wahren Freunde begreift, wie viel ihr eine innige Vereinigung mit dem Papstthum an Kraft, an Autorität und an Dauerhaftigkeit zu bringen vermag. Uns scheint hingegen, daß wenn Italien wirklich zum Volksstaat werden soll, eine Verständigung mit dem Papstthum nicht gesucht werden darf. — Der Moniteur bringt das Decret, wodurch die Arrondissementräthe auf den 31. Juli zu einer fünfzügigen Session einberufen werden. — Die Session des Senats wird in den nächsten Tagen zu Ende gehen.

London, 7. Juli. [Zum Schluß der Session.] Lord Cranworth wird der Nachfolger des abtretenden Lordkanzlers. Lord Palmerston hat an seine Wähler in Tiverton behufs seiner Wiederwahl ein Schreiben gerichtet, in welchem er ein Programm für die zukünftige Politik nicht aufstellt, sondern sich auf seine Vergangenheit beruft. — Die auf die auswärtige Politik bezügliche Stelle aus der Thronrede bei Schluß des Parlaments lautet:

Wir haben den Befehl, Ihnen mitzutheilen, daß Ihrer Majestät Beziehungen zu den fremden Mächten freund-

lich und befriedigend sind, und Sie hofft vertrauensvoll, daß keine Frage schwebt, welche zu einer Störung des europäischen Friedens führen dürfte. Ihre Majestät ist erfreut, daß der Bürgerkrieg in Amerika zu Ende ist, und Sie hofft zuversichtlich, daß die durch diesen langen Kampf verursachten Schäden wieder gut gemacht, der Wohlstand in denjenigen Staaten, die durch den Kampf gelitten haben, wieder hergestellt werden möge. Ihre Majestät bedauert, daß die Conferenzen und Verhandlungen zwischen Ihrer Majestät nordamerikanischen Provinzen in Beziehung auf die Vereinigung dieser Provinzen zu einer Confederation bis jetzt noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt haben. Eine solche Vereinigung würde den Provinzen einen Zuwachs an Kraft verleihen und manche Verbesserungen im Innern erleichtern. Ihre Majestät hat erfreuliche Zusicherungen von der ergebenen Loyalität Ihrer nordamerikanischen Provinzen empfangen. Ihre Majestät freut sich über die ununterbrochene Ruhe und den steigenden Wohlstand Ihrer indischen Besitzungen, und Sie hofft zuversichtlich, daß die großen Vorräthe von Rohstoffen, welche die Gebiete der Fabrik-Industrie liefern werden, in Verbindung mit dem Abstände des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wiederkehr der lange vorhandenen gesehnen Nothzustände in der Fabrik-Bevölkerung einiger nördlichen Grafschaften verhindern werden.

Brüssel, 5. Juli. [Zum Fremdengefes.] Der König.] Die „Nive gauche“, das Blatt des Herrn Rogeard und Longuet, das sich in Folge des bekannten Processes nach Brüssel geflüchtet, erklärt in seiner neuesten Nummer, daß es trotz des neu aufgewärmten, jetzt auch vom Senate mit 35 gegen 2 Stimmen angenommenen Fremdengefeses zu erscheinen fortfahren und auch seine bisherigen Mitarbeiter behalten werde, wiewohl dieselben bereits erwarteten, sich außerhalb Belgiens einen andern Zufluchtsort suchen zu müssen. (Nach einer andern Mittheilung ist Rogeard bereits ausgewiesen und nach der Schweiz gegangen.) Es war ein Hauptzweck des Fremdengefeses, Rogeard und Longuet aus Belgien zu vertreiben, und damit der französischen Regierung einen Gefallen zu erwiesen, der das Fortschreiten der „Nive gauche“ unmöglich machen sollte. Dieser Zweck wird nun dennoch nicht erreicht; hingegen hat das „liberale“ Ministerium der Herren Rogier und Tesch sich mit einer schmäblichen Gewaltmaßregel befaßt, die ihm einst schwer angerechnet werden wird. Palmerston fiel einmal aus keinem andern Grunde, als weil er den der Theilnahme an Orsini's Mordversuch angeklagten Bernard — nicht etwa ausliefern, daran dachte Niemand, sondern nur — vor ein Gericht stellen ließ, das über die Auslieferungsfrage entscheiden sollte. Schon das galt der öffentlichen Meinung Englands für einen Verrath an dem alten Landesrechte. — Das Befinden des Königs soll in ein Stadium getreten sein, welches zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß giebt. Gegen die Krankheit des Königs müssen die schärfsten Mittel, die nur anwendbar, gebraucht werden, um das Leben des Patienten so lange hinzuhalten, wie möglich.

Spanien. [Zur Anerkennung Italiens.] Der Spanische Geschäftsträger zu Turin hat den Befehl erhalten, nach Florenz überzusiedeln; ein Beweis, daß die Anerkennung Italiens durch die Königin Isabella nahe bevorsteht. Die ultrakatholische Partei unter Nocedal speit Feuer und Flamme, um dies zu verhindern ja sie droht mit einem Bürgerkrieg. Die ministeriellen Blätter behaupten indessen, der Marschall O'Donnell habe von der Königin unbedingte Vollmacht in Betreff der Anerkennung Italiens erhalten.

Bermischtes.

Kl. Elberfeld, 6. Juli. (Lohnbewegung der Färber und anderer Arbeiter.) Die unter den Arbeitern fast aller europäischen Länder sich regende Bewegung hat auch unser „glückliches Wuppenthal“ (richtiger „Anderthal“) ergriffen, um auch hier der Schulze'schen Quacksalber-Sparttheorie einen gewaltigen Rippenstoß zu versetzen. Die nothgedrungene Forderung höherer Löhne von Seiten ganzer Gewerke beweist klar und deutlich, daß die Arbeiter nicht einmal mehr leben, geschweize sparen können. — Wenn auch nicht sorgenlos, so doch immer noch ziemlich beglücklich sah unser Bourgeois Morgens beim Kaffee, während er seine „Elberfelderin“ oder „Blünerin“ las, sich mit den Marktpreisen von Krapp und Baumwolle zc. vertraut machte und seinen englischen Blick über die Nachrichten von neuen